

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/029(V)/13			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 30.08.2013	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:05Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, von 15.50 Uhr bis 16.10 Uhr

Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 31. 05. 2013 öffentlicher Teil
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Neubau Elbbrücken - geänderte Variantenentscheidung / Neubau der Brücken über die Zollelbe und Alte Elbe mit Verlängerung der Neuen Strombrücke unter Einbeziehung der Anna-Ebert-Brücke und Zollbrücke
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr DS0314/13
 - 4.2 Neufassung der Entschädigungssatzung
BE: Oberbürgermeister DS0306/13
 - 4.3 Verfahren für Preisträgernominierung "Das unerschrockene Wort"
BE: Bürgermeister DS0307/13

5	Anträge	
5.1	Fahrbibliothek Fraktion CDU/BfM	A0065/13
5.1.1	Fahrbibliothek BE: Bürgermeister	S0105/13
5.2	Übernahme von Kostenaufwüchsen der MVB GmbH & Co. KG durch die LH MD Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0051/13
5.2.1	Übernahme von Kostenaufwüchsen der MVB GmbH & Co. KG durch die LH MD BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	S0134/13
5.3	Plattform für elektronischen Bürgerservice prüfen FDP-Fraktion	A0035/13
5.3.1	Plattform für elektronischen Bürgerservice prüfen BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0115/13
5.4	Prüfung der Einführung der „Dreck-Weg-App“ Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0049/13
5.4.1	Prüfung der Einführung der „Dreck-Weg-App“ BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	S0095/13
6	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Vertreter

Stadtrat Jürgen Canehl

i.V.f. SR Herbst

Stadtrat Martin Danicke

i.V.f. SR Rohrßen

Stadtrat Jens Hitzeroth

i.V.f. SR Bromberg

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

i.V.f. SR Frank Schuster

Stadträtin Karin Meinecke

i.V.f. SR Müller

Verwaltung

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Martin Rohrßen

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Sören Ulrich Herbst

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper kündigt an, gegen 16.00 Uhr kurzzeitig die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Vorsitzenden Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, zu übergeben, um die Eröffnung des Kaiser-Otto-Festes vorzunehmen.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 31. 05. 2013 öffentlicher Teil

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, macht auf eine redaktionelle Änderung in der Anwesenheit aufmerksam.

In der Anwesenheit muss es richtig heißen:

Schindehütte, Gunter i.V.f. SR **Stern**.

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses **bestätigt**.

4. Beschlussvorlagen

4.1. Neubau Elbbrücken - geänderte Variantenentscheidung / Neubau der Brücken über die Zollelbe und Alte Elbe mit Verlängerung der Neuen Strombrücke unter Einbeziehung der Anna-Ebert-Brücke und Zollbrücke Vorlage: DS0314/13

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr (Bg VI) Herr Dr. Scheidemann und der Leiter des Tiefbauamtes (AL 66) Herr Gebhardt teil.

Einführend zur Drucksache informiert der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann, dass zum Hintergrund der erforderlichen Änderung der Planung eine umfassende Diskussion im Ausschuss StBV geführt wurde. Ein Kernpunkt für die vorgelegte Änderung ist, dass für die

bisher vorgesehene Pfeilervariante auf Grund der FFH-Problematik und der Kohärenzmaßnahmen ein langwieriges Verfahren erforderlich ist. Nach der diesjährigen eingetretenen Hochwassersituation ist diese Variante nicht mehr umsetzbar. In der Stadt werde jetzt ein redundantes Brückensystem auch hinsichtlich von Evakuierungsmaßnahmen über die vorhandenen Brücken im Katastrophenfall gebraucht, da sonst nur Katastrophenschutzmaßnahmen in Ostelbien über den Nordbrückenzug möglich sind.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt Bezug auf die im Jahr 2012 geführten Diskussionen zu den verschiedenen Varianten in deren Ergebnis die Entscheidung für die Errichtung der Pfeilerbrücke erfolgte. Jetzt sei jedoch auf Grund des Hochwassers eine andere Situation eingetreten, da zuvor nie mit einem Hochwasserstand von 7,50 m gerechnet wurde. Er legt seine Auffassung dar, dass es töricht sei, angesichts dieses eingetretenen Wasserstandes bei der bisherigen Entscheidung zur Brückenhöhe zu bleiben.

Der Vorschlag der Verwaltung zum Bau einer Pylonenbrücke erfolgte auch aus dem Grund, dass diese Variante am geringsten in das FFH-Gebiet eingreift.

Insbesondere verweist er darauf, für den Brückenneubau eine Teilfinanzierung aus dem Hochwasserfonds erreichen zu wollen. Mit dem Hinweis darauf, dass dafür das Projekt Anna-Ebert-Brücke aufgegeben werde macht er erläuternde Ausführungen zur Situation der Anna-Ebert-Brücke und der Zollbrücke.

Abschließend legt er dar, Intention der Brückenplanung sei es auch, möglichst wenig Bauwerk in das Flussbett zu setzen. Alle anderen Planungen werden so bleiben, wie es bereits im Stadtrat beschlossen wurde.

In der sich anschließenden Diskussion legt Stadtrat Schuster, FDP-Fraktion, seine Auffassung dar, dass eine Pylonenbrücke ein viel zu dominantes Bauwerk sei, welches nicht in die Stadt gehört. Er wirft die Frage auf, warum nicht eine flachere Bogenbrücke, wie z.B. die Waldschlösschenbrücke in Dresden, gebaut werden kann und legt seine Auffassung dar, dass vielleicht eine wirksame Lösung gefunden werden sollte, die links und rechts ein Widerlager hat.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, zeigt sich erfreut darüber, dass die bisher geplante Konstruktion nochmals überdacht wurde und bezeichnet dies als positiv.

Er stimmt der Auffassung des Stadtrates Schuster hinsichtlich der Dominanz des Bauwerkes zu und legt dar, dass, wenn bestimmte Planungen z.B. zur Höherlegung der Brücke noch bearbeitet werden müssen, die Möglichkeit in Betracht gezogen werden sollte, über solche Alternativen analog der Waldschlösschenbrücke nachzudenken.

Der Leiter des Amtes 66 Herr Gebhardt führt erläuternd aus, dass im Herbst 2012 Variantenuntersuchungen durchgeführt wurden mit dem Ergebnis, dass der Bau einer Bogenbrücke nicht empfehlenswert ist. Er gibt den Hinweis, dass man zwar eine solche Brücke bauen könne, ein solcher Hohlkasten mit Wölbung jedoch eine gewöhnungsbedürftige Sicht darstellt. Erläuternd zur Bezeichnung Hohlkasten legt er dar, dass dieser zur Stabilität des Bauwerkes und für Versorgungsleitungen erforderlich ist.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters verweist er darauf, dass der Brückenbau in Dresden eine andere lichte Höhe aufweist als in Magdeburg und die Dimension für einen Hohlkasten hier zu groß sei.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass diese Thematik seitens der Verwaltung nochmals geprüft und vorgestellt werden könne.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, merkt an, dass zur vorgeschlagenen Variantenänderung noch keine Abstimmung in seiner Fraktion erfolgen konnte. Für ihn persönlich sei es problematisch, sich an dieser Stelle eine Pylonbrücke vorzustellen. Er vertritt jedoch die Auffassung, dass hier schnell eine bezahlbare Lösung gefunden werden muss, um zukünftig

Hochwasserschäden zu vermeiden. Wie hierzu jedoch eine Brücke aussehen sollte müsse noch in seiner Fraktion diskutiert werden.

Stadtrat Schwenke äußert die Bitte, als Grundlage für die Fraktionsdiskussion machbare Varianten vorzustellen.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist darauf, dass zur Entlastung des Verkehrsaufkommens die Ertüchtigung der Anna-Ebert-Brücke gewollt war, sich diese jedoch bei dem diesjährigen Hochwasser fast als „Staumauer“ erwiesen hat. Deshalb könne er die Entscheidung für eine Pylonbrücke gut nachvollziehen. Sorgen bereite ihm jedoch die Anna-Ebert-Brücke. Er legt dar, dass, wenn jetzt keine Pfeilerbrücke mehr gebaut wird, in einem 2. Schritt Überlegungen zum weiteren Umgang mit der Anna-Ebert-Brücke angestellt werden sollte.

Stadtrat Wähnelt unterstützt den Vorschlag zum Bau einer Pylonenbrücke.

Stadtrat Danicke, SPD-Stadtratsfraktion, informiert über die Auffassung seiner Fraktion, dass über den Umgang mit der Anna-Ebert-Brücke nachgedacht werden sollte und dass die neu zu bauende Brücke als vollwertige Brücke ausgeführt wird. D.h. beide Seiten erhalten einen Rad- und Fußweg, was in der bisherigen Planung noch nicht der Fall ist. Nach den alten Planungsunterlagen wäre dies die Variante V 0, nur in anderer Lage. Vorplanung und Kostenschätzung müssten hierzu schon vorliegen.

Erläuternd zu den Ausführungen des Stadtrates Danicke führt Herr Gebhardt (AL 66) aus, dass der Bau von beidseitigen Rad- und Fußwegen zu einer Verlängerung des Genehmigungsverfahrens führt, weil hiermit Erheblichkeitsgrenzen überschritten werden. Als Überschreitung der Erheblichkeitsgrenze gilt, wenn mehr als 1000 m² Grundfläche verschattet wird.

Der Beigeordnete VI Herr Dr. Scheidemann verweist insbesondere darauf, dass für den Bau von diesen Rad- und Fußwegen ca. 3,5 Mio Euro Mehrkosten erforderlich sind.

Der Oberbürgermeister äußert die Bitte, zur Sitzung des Stadtrates keine Diskussion zur Anna-Ebert-Brücke zu führen. Hierfür bestehe immer noch Zeit. Bis die neue Brücke vollständig errichtet ist, wird sie noch gebraucht. Aber nach der Fertigstellung könne in Ruhe geprüft werden, ob ein Abriss oder andere Verfahren zur Anwendung kommen. Im Stadtrat sollte zunächst nur die Entscheidung über die Art des Brückenneubaus getroffen werden.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, legt mit Hinweis auf die Komplexität der Diskussion zum Uferbewuchs seine Auffassung dar, dass in einem 1. Schritt sofort der Antrag auf Herauslösung aus dem FFH-Gebiet gestellt werden muss.

Im Weiteren führt er aus, dass im Rahmen der Diskussion zu den Varianten des Brückenneubaus 2012 erklärt wurde, die Pfeiler hätten keine Auswirkungen. Er bezeichnet die damals gemachten Ausführungen als gut vorbereitet und durchdacht.

Er macht darauf aufmerksam, dass der Bau der Pylonenbrücke auch städtebauliche Auswirkungen hat und vertritt die Auffassung, dass für eine bessere Übersicht ein entsprechendes Modell im Stadtrat vorgestellt werden sollte.

Mit dem Hinweis, von einem noch großen Diskussionsbedarf in seiner Fraktion auszugehen, legt Stadtrat Stern dar, der vorgelegten Drucksache heute nicht zustimmen zu können.

Der Oberbürgermeister erinnert daran, im Stadtrat bereits verkündet zu haben, einen Antrag auf Herauslösung aus dem FFH-Gebiet zu stellen. Hierzu möchte er jedoch, dass eine Mehrheit des Stadtrates dem zustimmt. Er legt dar, dass letztendlich der Bund den entsprechenden Antrag in der EU stellen muss und unklar ist, ob dieser Antrag genehmigt wird.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, sollte der Brückeneubau vollständig mit Rad- und Fußwegen errichtet werden.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf die Ausführungen des Stadtrates Danicke und legt seine Auffassung dar, dass hiermit eine weitere Höherlegung der Brücke verbunden ist und somit auch der Flächenbedarf im Bereich Heumarkt größer wird. Er macht im Weiteren darauf aufmerksam, dass es sich bei der Anna-Ebert-Brücke um ein Baudenkmal handelt und vertritt die Auffassung, dass es Möglichkeiten zur Stabilisierung der Brückenpfeiler gibt.

Hinsichtlich der Anna-Ebert-Brücke legt er dar, dass es für die Stadt nicht gut sei, jetzt zu äußern, diese Brücke werde nicht mehr gebraucht. Gegen derartige Äußerungen möchte er sich wehren.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sieht den bei Hochwasser entstehenden Rückstau der Alten Elbe als problematisch an. Hier müsse nachgedacht werden, wo die Wassermassen bleiben.

Klarstellend führt der Oberbürgermeister aus, dass es hier keinen Rückstau gab, dies jedoch eine Frage sei, die von Experten beantwortet werden muss. Er bittet darum, auch diese Frage separat zu diskutieren und nicht im Rahmen der Behandlung der vorliegenden Drucksache im Stadtrat.

Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, macht darauf aufmerksam, dass für ihn der Katastrophenschutz im Vordergrund stehen muss und verweist auf Winterhochwasser, welche z.B. durch Eisschollen zu Problemen an Brückenbauwerken, insbesondere der Anna-Ebert-Brücke, führen können.

Im Ergebnis der Diskussion stellt der Oberbürgermeister die DS0314/13 zur Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0314/13 in seiner Sitzung am 05. 09. 2013 zu beschließen.

4.2. Neufassung der Entschädigungssatzung Vorlage: DS0306/13

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet die vorliegende Drucksache als nachvollziehbar.

Er gibt den Hinweis auf eine aus seiner Sicht erforderliche redaktionelle Änderung im § 3 Abs. 7 der Satzung. Hier müsse unter Buchstabe d) ergänzt werden: **20,00 EUR pro Sitzung**.

Hinweis: Die Änderung wird dem Stadtrat als Änderungsantrag DS0306/13/1 des Verwaltungsausschusses vorgelegt.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, trifft die Feststellung, dass das eigentliche Problem nicht behoben ist und bezeichnet den Vorschlag zur Entschädigung als nicht zufriedenstellend. Er spricht sich dafür aus, dass hier eine Lösung gefunden werden sollte, zumindest als Kompromiss. Die Problematik werden jedoch noch in seiner Fraktion umfassend diskutiert werden.

Der Oberbürgermeister bittet um rechtzeitige Information, wenn sich in den Fraktionen andeutet, dass für eine Zustimmung zur Drucksache keine Mehrheit erreicht wird.

Stadtrat Danicke, SPD-Stadtratsfraktion, spricht seinen Dank für die schnelle Erarbeitung der Drucksache und für die gegebene Begründung aus. Er sieht hierin eine Wertschätzung der Verwaltung gegenüber dem Stadtrat.

Bezug nehmend auf die Begründung der Drucksache führt er aus, dass die Erhöhung des Sitzungsgeldes sehr schnell durch die Erhöhung der Parkgebühren aufgebraucht wird und von einem Inflationsausgleich nichts übrig bleibt. Stadtrat Danicke regt an, darüber nachzudenken, das Sitzungsgeld auf 25,00 EUR zu erhöhen.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vertritt die Auffassung, dass die Erhöhung des Sitzungsgeldes gegenüber der Öffentlichkeit begründet werden kann und unterstützt den Vorschlag der Verwaltung.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, merkt an, noch keine abschließende Auffassung seiner Fraktion darlegen zu können. Er legt seine Auffassung dar, dass in Sachsen-Anhalt augenscheinlich mit unterschiedlichem Maß gemessen wird. Mit Hinweis auf den Haushalt der Stadt Halle informiert er über die Verwunderung seiner Fraktion hinsichtlich der Höhe des Sitzungsgeldes in dieser Stadt und unterbreitet den Vorschlag ggf. eine Gleichstellung mit der Stadt Halle zu prüfen.

Seitens seiner Fraktion wird begrüßt, dass die Verwaltung eine schnelle Lösung gefunden hat.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0306/13 in seiner Sitzung am 05. 09. 2013 zu beschließen.

4.3. Verfahren für Preisträgernominierung "Das unerschrockene Wort" Vorlage: DS0307/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Dr. Koch teil.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch macht erläuternde Ausführungen zur Drucksache und verweist auf die jetzt vorliegende Satzung.

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0307/13 in seiner Sitzung am 05. 09. 2013 zu beschließen.

5. Anträge

Hinweis: Der stellvertretende Vorsitzende Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, übernimmt die Sitzungsleitung.

5.1. Fahrbibliothek
Vorlage: A0065/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Dr. Koch teil.

In seinen erläuternden Ausführungen verweist der Bürgermeister darauf, dass die neue Fahrbibliothek derzeit voll ausgelastet ist, jedoch nicht alle Nachfragen bewältigt werden können. Auf Grund der bereits bestehenden hohen Auslastung im Stadtgebiet Magdeburgs sei es jedoch nicht möglich, weitere Bereiche zu bedienen.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, verweist darauf, dass der Antrag einen Prüfauftrag beinhaltet und legt dar sich vorstellen zu können, dass der Einbringer des Antrages, Stadtrat Frank Schuster, den Prüfauftrag mit der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt betrachtet und diesen zurückziehen wird.

Eine längere Diskussion hält er für nicht erforderlich.

Auf Nachfrage des Stadtrates Danicke, SPD-Stadtratsfraktion, hinsichtlich Rückinformation aus Partnerstädten zum Angebot der Übernahme des alten Fahrbibliotheksbusses informiert der Bürgermeister über das geäußerte Interesse der Stadt Saporoshje. Hier müssen jedoch noch einige Formalitäten geklärt werden.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, informiert, dass der Kulturausschuss eine Beschlussfassung zum Antrag nicht empfohlen hat. Erläuternd legt sie dar, dass eine Abstimmung zum Antrag bedeute, dass ein Prüfauftrag erteilt werden soll, der mit der Stellungnahme der Verwaltung aber bereits erfüllt ist. Sie regt an darüber nachzudenken, wie zukünftig mit Prüfaufträgen zu verfahren ist.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0065/13 nicht zu beschließen.

5.1.1. Fahrbibliothek
Vorlage: S0105/13

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0105/13 zur Kenntnis.

5.2. Übernahme von Kostenaufwüchsen der MVB GmbH & Co. KG
durch die LH MD
Vorlage: A0051/13

Die Behandlung des Antrages wird zunächst zurückgestellt und erfolgt erst nach Rückkehr des Oberbürgermeisters.

Der Oberbürgermeister nimmt Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung und verweist insbesondere auf die Darlegung, dass keine Möglichkeit gesehen wird, Kostenaufwüchse durch städtische Mittel zu decken. Er verweist darauf, dass für die im Ergebnis des erfolgten Streiks im Februar 2013 16 %ige Tarifierhöhung insgesamt 2,3 Mio Euro mehr an Personalkosten durch das Unternehmen erwirtschaftet werden müssen.

Im Weiteren informiert der Oberbürgermeister über die Erarbeitung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2014 und das Erfordernis, bestimmte Kostensteigerungen z.B. durch den Neubau der städtischen Kindereinrichtungen und der Schaffung von Betreuungsplätzen, zu kompensieren.

Er versichert, den Beschluss des Stadtrates einzuhalten, keine neuen Schulden zu machen und einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist darauf, dass in der Betrauungsvereinbarung geregelt ist, welche finanziellen Mittel Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Unter Bezugnahme auf den in der Stellungnahme gegebenen Hinweis auf den entstandenen Instandhaltungsstau legt er seine Auffassung dar, dass Ursache hierfür zu geringe finanzielle Mittel sei.

Er kündigt an, einen gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei erarbeiteten diesbezüglichen Änderungsantrag im Stadtrat einzubringen, der den Ursprungsantrag ersetzen soll.

Der Oberbürgermeister informiert, dass in ca. 14 Tagen die Drucksache zum Haushalt 2014 vorliegen und den Fraktionen zur Diskussion bereitgestellt wird. Er unterbreitet den Vorschlag, das Anliegen des Antrages A0051/13 sowie des angekündigten Änderungsantrages im Rahmen der Diskussion zum Haushalt 2014 zu führen und die Behandlung des Antrages im Verwaltungsausschuss zu vertagen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen diesem Vorschlag zu.

Der Antrag A0051/13 wird vertagt.

5.3. Plattform für elektronischen Bürgerservice prüfen Vorlage: A0035/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, gibt den Hinweis, dass die Behandlung des Antrages im Zusammenhang mit TOP 5.4 erfolgen kann, da beide Anträge gleichgelagerte Themen beinhalten.

Der Beigeordnete Herr Platz macht erläuternde Ausführungen zur Thematik und verweist darauf, dass derzeit noch erforderliche Abstimmungen geführt werden und die Verwaltung dem Anliegen positiv gegenüber steht.

Insbesondere warnt er jedoch vor einer möglichen Euphorie und führt aus, dass mit dem neuen System bestimmte Erwartungshaltungen der Bevölkerung verbunden sein werden. Speziell zur Einführung der „Dreck-Weg-App“ verweist er darauf, dass Bürger auf Grund der Ermöglichung kurzer Informationswege auch erwarten werden, dass hier umgehend Abhilfe geschaffen wird. Als einziges Problem sieht er hierbei die Voraussetzungen zu schaffen, alle eingehenden Hinweise abzuarbeiten.

Stadtrat Schuster, FDP-Fraktion, erklärt, dass die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag A0035/13 den Vorstellungen seiner Fraktion entspricht.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, sieht mit den Stellungnahmen der Verwaltung die Zielrichtungen sowohl des Antrages seiner Fraktion als auch des Antrages der FDP-Fraktion als erfüllt an. Er erklärt die Zufriedenheit seiner Fraktion mit der dargelegten Vorgehensweise bittet jedoch darum, eine vollständige Umsetzung vorzunehmen.

Zusammenfassend trifft Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, die Feststellung, dass zu beiden Anträgen die Zustimmung vorliegt, die Umsetzung der Anliegen der Anträge im Sinne der Stellungnahme vorzunehmen und die Antragstellenden Fraktionen dies mittragen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, nimmt Bezug auf die Behördenrufnummer 115 und merkt kritisch an, dass am Wochenende hier keine Besetzung erfolgt und somit auch keine Weiterleitung von Hinweisen etc. möglich ist.

Erläuternd führt der Beigeordnete Herr Platz hierzu aus, dass bei Gefahrenmeldungen oder Hinweisen zu Lärmbelästigungen oder Falschparker die Hotline des Ordnungsamtes bzw. die Polizei erreicht werden kann.

Er verweist auf den Zusammenhang, dass die Behördenrufnummer 115 ein Bundesprojekt sei und sich alle teilnehmenden Städte verpflichtet haben, die Schaltung der Rufnummer nach vorgegebenen Regularien vorzunehmen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0035/13 zu beschließen.

5.3.1. Plattform für elektronischen Bürgerservice prüfen Vorlage: S0115/13

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0115/13 zur Kenntnis.

5.4. Prüfung der Einführung der „Dreck-Weg-App“ Vorlage: A0049/13

siehe TOP 5.3

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0049/13 zu beschließen.

5.4.1. Prüfung der Einführung der „Dreck-Weg-App“ Vorlage: S0095/13

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0095/13 zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

6.1. Sondernutzung

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, informiert, dass durch Gaststättenbetreiber am Hasselbachplatz der Fußweg immer mehr belegt wird und hinterfragt, ob diese Problematik im Ordnungsamt bekannt sei.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, führt aus, dass sich der Ausschuss StBV bereits mit der Problematik beschäftigt hat und verweist darauf, dass für eine Inanspruchnahme des Fußweges eine Sondernutzung durch das Tiefbauamt genehmigt werden muss. Er informiert, dass auch im Bereich der O.-v.-Guericke-Straße der Fußweg komplett belegt ist, sodass die Radwege hier auch von Fußgängern benutzt werden müssen. Hier sollte auf die Freihaltung der Verkehrswege geachtet werden.

Der Beigeordnete Herr Platz bestätigt, dass für die Genehmigungserteilung das Tiefbauamt zuständig ist und für entsprechende Kontrollen der Sondernutzung das Ordnungsamt. Hinsichtlich der geschilderten Situation in der O.-v.-Guericke-Straße geht er davon aus, dass erforderlichen Genehmigungen erteilt wurden und sagt zu, eine entsprechende Prüfung vorzunehmen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin